

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 3 mal täglich, aus Montag aus. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.90 M. Durch Träger und ausser. Verkäufern frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Berlin, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 16. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz des Reichs 25 Pf., Reichsanzeige 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Reichsanzeige 1.50 M. Belegpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbelegungen 6 M. pro 1000.

Nummer 593

Donnerstag, 21. November 1918.

72. Jahrgang.

Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung.

Berlin, 21. Nov. (Privat-Tele.)

In Industrie- und Kapitalistenkreisen hat die Tatsache, daß die sozialistische Regierung auf ihr Programm die Vergeellschaftung der Produktionsmittel gesetzt hat, bereits eine schwere Beunruhigung hervorgerufen. Man hatte indessen ernsthaft daran gezweifelt, daß die Regierung unter der zur Zeit herrschenden wirtschaftlichen Herrichtung an das gewagte Experiment der Vergeellschaftung sich heranwagen würde. Vor mehreren Tagen wurde jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Verstaatlichungspläne hinsichtlich der Bergwerke im Hinblick auf die Aufnahme einer großen Anleihe in Amerika schon bestimmte Gestalt angenommen haben. Nach den Nachrichten in der vorgestrigen großen Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte hinsichtlich der Sozialisierung der Volkswirtschaft kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die jetzige Regierung zu dieser, unabsehbare Folgen für unser Wirtschaftsleben zeitigenden Maßnahme schreiten wird und daß gerade die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum Kompromisspunkt in den ersten Differenzen zwischen den rechten und linken sozialistischen Parteien darstellt.

Die bürgerlichen Parteien.

Berlin, 21. Nov. (Privat-Tele.)

Die zwischen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei geführten Verhandlungen haben nicht zu der erhofften Einigung geführt. Nachdem eine weitgehende Übereinstimmung in fast allen grundsätzlichen Fragen hergestellt war, trat die fortschrittliche Volkspartei mit dem Bunde hervor, auch mit der neuen, in der Gründung begriffenen demokratischen Partei in Einigungsverhandlungen einzutreten. Dadurch wurde es aber der nationalliberalen Partei unmöglich gemacht, die Verhandlungen weiterzuführen. Die Reichstagsabgeordneten von Richtofen, Dr. Junz, Elst und Alzer, die bereits der neu gebildeten demokratischen Partei beigetreten waren, sind nach der von der Partei abgegebenen Erklärung aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden.

Berlin, 20. Nov.

Ein maßgebender Kreis rheinischer Zentrumsleute veröffentlicht in der „Rheinischen Volkszeitung“ einen neuen großen Programmtext. Der Name der neuen Partei wird geändert in Zentrum mit dem Zusatz „freie deutsche Volkspartei“.

Ein Bürgerrat in Niederlahnstein.

Der Soldatenrat, Arbeiterrat, Bürgerrat und Magistrat von Niederlahnstein machen vereint folgendes bekannt: „An unserer Fühlungsnahme und im Auftrag des Soldatenrates von Coblenz ist für Niederlahnstein ein Soldatenrat gebildet, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu verbürgen. Zum gleichen Zweck ist ein Arbeiterrat durch das Vertrauen der Arbeiter gewählt, der dem Soldatenrat an die Seite getreten ist. Die Tatsachen anerkennend, haben die Bürger einen Bürgerrat gebildet, der dem Soldaten- und Arbeiterrat helfend beiträgt und an der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem Aufbau sich beteiligt. Die Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit.“

Die Heranziehung breiterer Volksteile.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Frankfurt erläßt folgenden Aufruf:

Dem Arbeiterrat gingen viele Anfragen von Berufsgruppen zu, die dem Rat sich anschließen wollten. Darin kommt übereinstimmend zum Ausdruck, daß die weitesten Volksteile, nicht nur die Industriearbeiterschaft, von der deutschen Revolution die Erneuerung und Hebung unserer nationalen Verhältnisse und des ganzen sozialen Lebens erwarten. Diese Auffassung entspricht den Tatsachen. Es muß eine breite Grundlage geschaffen werden, auf der alle Volksgenossen, die mit Herz und Sinn zur Revolution stehen, zusammenwirken können. Das soll herbeigeführt werden in einer Vertreterversammlung, die wir hiermit einberufen. Beamte und Angestellte des Staates und der Gemeinden, der Industrie und des Handels, auch der freien Berufe: Wählt Vertreter, die zur angegebenen Zeit, versehen mit ordnungsgemäß ausgestellter Beglaubigung, sich einfinden sollen.

Der Streit um die Nationalversammlung.

Berlin, 21. Nov. (Eig. Tele.)

Die Frage der Einberufung der Nationalversammlung ist noch nicht endgültig geklärt, doch scheint es, daß man sich darauf vorbereitet, in der Frage des Ausschusses einen Beschluß zu fassen. Es wird schon in aller Eile eine Erklärung erfolgen. Auch hinsichtlich einer positiven Lösung dieser Frage besonnen man einem gewissen Optimismus, wenn auch nicht verlässlichen wird, daß der Gegenstand von links sehr stark sei. Von der sofortigen Aufrufnahme der Sozialisten und einer sozialistischen Auffassung vor den Wahlen zur Nationalversammlung erhoffen die leitenden Kreise noch immer die Möglichkeit des Zustandekommens eines Kompromisses.

In der Dienstausschussversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins im Circus Busch empfahl das Mitglied des Volksrats Richard Müller, wie der „Vorwärts“ meldet, eine Resolution, die u. a. sagt:

Amtliche Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Bekanntmachung.

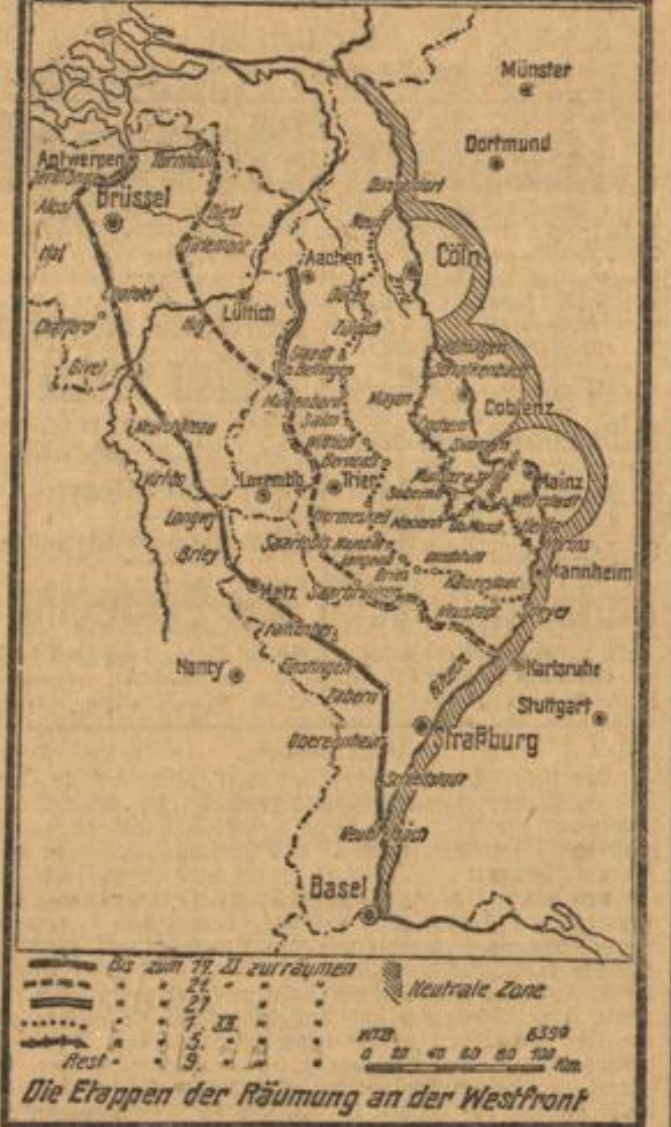
Sämtliche Ärzte, die vor dem Kriege in Wiesbaden anständig und über drei Jahre im Felde waren und in Wiesbaden militärärztlich beschäftigt werden wollen, ersuchen wir, sich im Garnisonkommando, Oranienstraße 5, in eine dort aufliegende Liste einzutragen.
Wiesbaden, 21. November 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden.

In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich eine neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen. Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch die Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage, in der das arbeitende Volk, das heißt nur die Hand- und Kopfarbeiter, öffentliche Rechte ausüben. Das Beharren der bürgerlichen Kreise, so schnell wie möglich die Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen.

Regierung und A. u. S.-Räte.

Berlin, 21. Nov. (Eig. Tele.)

Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Volksausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates scheinen nunmehr beigelegt worden zu sein. Ein Ausschuss ist eingesetzt worden, der die Kompetenzen zwischen dem Volksausschuß und der Regierung festlegen soll. Als eine sehr wesentliche Ausdehnung des Einflusses des Volksausschusses wird dem „Vol.-Aus.“ zufolge die Uebernahme der verantwortlichen Gegenzeichnung des Kriegsministers durch ein Mitglied des Volksrates als festgesetzt.



Keine Milderung der Bedingungen.

Berlin, 20. Nov. (Wolff-Tele.)

Alle zugeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder zuerlangte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Fortschritte und aller bereits zu Tage getretenen Unzulänglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt worden.
Die deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Kein Friede vor der Nationalversammlung.

S. Genf, 21. Nov. (Eig. Tele.)

Der „Quotidien“ meldet aus Paris: Im Ausschuss für Auswärtiges wurde am Dienstag die Friedensfrage besprochen. Von Regierungsseite wurde erklärt, an einem Zusammentritt der Friedenskonferenz sei solange nicht zu denken, als nicht im Deutschland eine aus dem Volkswillen hervorgegangene Reichsregierung bestünde, mit der bindende Verträge abgeschlossen werden könnten. Bei allem Wohlwollen für die jetzige deutsche Regierung fehle ihr doch die Sanction durch eine freie Volksabstimmung, die Präsident Wilson für alle befreiten Völker voraussetze.

S. Zürich, 21. Nov. (Eig. Tele.)

„Secolo“ meldet aus Paris: Vor Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung wollen die Alliierten in keine endgültigen Friedensbesprechungen mit Deutschland eintreten.

Bern, 20. Nov. (Wolff-Tele.)

Der „Corriere della Sera“ enthält eine Nachricht der „Times“ aus New-York, wonach der Wilson nahestehende Senator Borah erklärt haben soll, die Friedensverhandlungen sollen öffentlich stattfinden. Diese Meinung wird in Amerika sehr beachtet, denn man glaubt, daß sie auf Abmachungen zwischen den Alliierten und Washington zurückgehe.

Amsterdam, 20. Nov.

„Algemeen Handelsblad“ meldet aus London: „Daily Mail“ berichtet aus Paris, man erwarte, daß Clemenceau zum dauernden Vorsitzenden des Friedenskongresses gewählt werden wird, und daß Wilson ersucht werden wird, bestimmte Sitzungen, vermutlich vor allem die Eröffnungssitzung zu leiten.

Die Auslieferung der Flotte.

Das Volkliche Büro verbreitet eine Darstellung über die Verhandlungen zur See von zünftiger Seite. Darin wird mitgeteilt, daß Admiral Beatty, der englische Flottenchef, es abgelehnt hat, die Delegierten des Soldatenrates zu den Verhandlungen zuzulassen, da er nicht autorisiert sei. Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei. Der deutsche Bevollmächtigte, Konteradmiral Menezer, erhielt von deutscher Seite die Ermächtigung, im Namen der ganzen deutschen Marine zu verhandeln. Erwähnenswert ist, daß Admiral Beatty sich bereit erklärte, auf die in Artikel 24 der Waffenstillstandsbedingungen geforderte Befehlsgebung der Flottenbefehlshaber vorläufig zu verzichten, wenn von deutscher Seite sofort die erforderlichen Minenräumarbeiten in der Ostsee in Angriff genommen würden.

London, 20. Nov. (Wolff-Tele.)

Neuermeldung. Der Konteradmiral Larnby hat Bericht nach Tagesanbruch 20 Meilen von Harwich von seinem Schachtschiff aus die ersten 20 U-Boote, die überliefert wurden. Die Boote gehen mit ihrer eigenen Beladung nach Harwich.

Der Rückmarsch vom Westen.

Berlin, 20. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Reichsleitung ging aus Wilhelmshöhe folgendes Telegramm zu: Das Heer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in das mecklenb. Grenzgebiet und später beim Einrücken in die Garnisonen feierlich empfangen würde.

Berlin, 19. Nov. (Wolff-Tele.)

Nachdem schon Massen von Stappentruppen und Versorgungstruppen in den letzten Tagen Köln zu Fuß und mit der Eisenbahn passiert hatten, trafen heute vormittag die Spitzen der 6. und 17. Armee mit klingendem Spiel zu Fuß auf dem Wege nach Osn. hier ein.

Der Rückzug der Madenien-Armee.

Berlin, 21. Nov. (Eig. Tele.)

Wie die „Voss. Zig.“ erklärt, sind nunmehr zwei weitere Infanterie mit dem gesamten Wirtschaftsstab der deutschen Armee aus Bunkern in Berlin eingetroffen. Sie haben die sowohl in Rumänien wie in Ungarn geforderte Entwaffnung abgelehnt und ihre Waffen erst auf deutschem Gebiet abgeliefert. Unterwegs hatten die Heimkehrer wiederholt Rückschläge mit Rumänen, Ungarn und Tschechoslowaken abzuwehren, bei denen sie jedoch, von einigen Verwundeten abgesehen, keine Verluste hatten.

Generalfeldmarschall von Mackensen ist mit seinem Stabe bereits in Berlin eingetroffen.

Bern, 21. Nov. (Eig. Tele.)

Nach Meldungen aus Budapest sind die Spitzen der heimkehrenden Madenien-Armee bereits in Preßburg eingetroffen.

Aus Elsaß-Lothringen.

Paris, 19. Nov. (Wolff-Tele.)

Nach einer Kavalmeldung hielt Marschall Petain, der Oberbefehlshaber der französischen Armeen, nachmittags seinen Einzug in die Stadt Metz an der Spitze der von General Lecomte geführten Truppen. Auch Kolmar wurde von den französischen Truppen besetzt.

Basel, 21. Nov. (E.-N. Tele.)

Zum Einzug Petains in Metz melden die Basler Nachrichten: Vortruppen hatten bereits am Vorabend von der Stadt Besitz genommen. Alle Glocken läuteten, die Artillerie donnerte unablässig. 600 französische Flugzeuge überflogen die Stadt. Petain, von seinem Stabe umgeben, stand auf der Esplanade vor der Statue des Marschalls Ney und nahm dort

Das Defilee der einzelnen Bataillone ab, welche ihm von General Mangin, dem Oberbefehlshaber der 10. Armee vordefiliert wurden.

Strasbourg, 20. Nov. (Wolff-Tele.) Die „Strasburger Post“ hat mit dem heutigen Tage ihr Erscheinen eingestellt.

Eingestellter Bahnverkehr nach Elsass-Lothringen.

Berlin, 21. Nov. (T.-U. Tele.) Der Verkehr über den elsässisch-badischen Rhein wird in beiden Richtungen völlig eingestellt. Es fahren keine deutschen Züge mehr über den Rhein. Von Donnerstag morgen 5 Uhr ab wird der gesamte Ansverkehr zwischen Elsass-Lothringen einseitig und Basel-Schweiz andererseits eingestellt.

Ein baltischer Staat.

Basel, 21. Nov. (T.-U. Tele.) Die „Basler Nachrichten“ geben eine Voraussage aus Kopenhagen wieder, in der es heißt: Die Räte von Dänemark, Schweden, Estland und der Insel Föhr beschließen, eine einseitige Regierung zu bilden und die Gründung eines baltischen Staates vorzuschlagen.

Berlin, 20. Nov. Die baltische Landesvertretung richtete an die deutsche Regierung folgendes Telegramm: Die plötzliche Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Ländern, insbesondere aus Estland und Dänemark, bringt das kühnste Land in die größte Gefahr und setzt es schwerer Verheerung von Osten her aus. Im Namen der Menschlichkeit bitten wir um die Befestigung der deutschen Wehrmacht in allen Gebieten des Baltikums, bis anderweitige Hilfe in sicherer Aussicht liegt. Baltische Landesvertretung.

Verhaftung der deutschen Vertreter in Russland.

Berlin, 21. Nov. (Wolff-Tele.) Nach Meldungen, die teils direkt aus Petersburg und Moskau, teils auf Umwegen an uns gelangen, sind die deutschen Generalkonsuln in Petersburg und Moskau abgesetzt und die dort tätig gewesenen Beamten, insbesondere die Generalkonsuln und das andere Personal, interniert worden. Auf wessen Veranlassung und in welcher Weise diese Vorgänge sich abgewickelt haben, ist noch nicht klargestellt.

England schützt die spanische Dynastie.

Genf, 21. Nov. (T.-U. Tele.) Der „Pionier“ meldet: Die Anwesenheit mehrerer englischer Kriegsschiffe in Cadix erfolgte auf den Befehl Englands, die spanische Dynastie zu schützen. Eine Klärung in die inneren Fragen und in Verfolgung damit die Befehle von Spanisch-Marokko durch die Entente sei nicht beabsichtigt.

Auch Italiener als Befugungstruppen.

Basel, 19. Nov. (Wolff-Tele.) Der „Corriere della Sera“ bringt folgende Pariser Meldung: Das italienische Armeekorps unter General Nibrici wird an der Befugung der deutschen Gebiete teilnehmen. Die Verwaltschaftsbezirke Elsass-Lothringens werden die Namen Oberrhein, Niederrhein und Mosel führen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 21. November. Auszeichnung. Das Eiserne Kreuz am weiß-schwarzen Bande wurde dem Oberregierungsrat Springorum in Wiesbaden verliehen.

Die politische Versammlung, die von der nationalliberalen Partei einberufen wurde, findet am heutigen Donnerstag (nicht Freitag) abend 8 Uhr im großen Saale der Wartburg, Schwalbacher Straße 11, statt. Eingeladen sind Mitglieder und Freunde der nationalliberalen Partei.

Verlängerung der Volkzeitung. Die der Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden bestimmt hat, ist die Volkzeitung für Volkzeitungen von 1918 ab auf 11 1/2 Uhr schaeftet worden.

Zur Besetzung Wiesbadens. Auf das Telegramm des Arbeiter- und Soldatenrates ist vom Staatssekretär der Wehrmacht Dr. Durr die Mitteilung eingegangen, daß er wegen der Nichtbefugung Wiesbadens durch feindliche Truppen mit den Alliierten in Verbindung getreten sei.

Ein Arbeiterrat in der Regierung. Auf Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates ist der Reichsausschuss Dr. Durr in die Regierung für den Regierungsbezirk Wiesbaden entsandt worden.

Die Versammlung der Arbeiter- und Bauernräte aus den Kreisen Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land und Rheingaukreis, die am Mittwoch mittag hier stattfand, war aus allen Orten, die in Betracht kommen, und in denen sich Arbeiter- und Bauernräte gebildet hatten, zahlreich besetzt. Das Mitglied des Volksauswahlschusses Wiesbaden Daese gab in einem längeren Vortrag die Erläuterungen über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauernräte, die in erster Linie als Kontrollinstanzen der Gemeinde-, Kreis- und Regierungsbehörden anzusehen sind. Die Arbeiter- und Bauernräte haben die Befugnis, die alten in Kraft bleibenden Verwaltungsstellen, Behörden usw. auf die neue Staatsform zu verpflichten. Sie sollen gemeinsam mit diesen Behörden arbeiten und die ihnen angetragenen Befugnisse nicht überschreiten. Ueber den weiteren Verlauf der Versammlung werden wir noch in einem offiziellen Bericht nähere Mitteilungen machen.

Bereidigung eines Sachverständigen für Fische. Die Handelskammer hat am 19. Nov. Herrn Wilhelm Friedel, Wiesbaden, als Sachverständigen für Fische öffentlich ange stellt und beedigt.

Anmeldung von Offizieren. Offiziere, deren Mobilisationsbestimmung aufgehoben ist, beantragen dem Heere entlassen zu werden, erucht, sich schriftlich oder persönlich vormittags 8 1/2 bis 12 Uhr oder nachmittags 3 bis 6 Uhr auf dem Bezirkskommando, Zimmer 42, zu melden.

Vorbereitende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Nach der Veröffentlichung im Anzeigenteil wird die Eisenbahnverwaltung im Direktionsbezirk Mainz Frankfurt a. M. vom 21. bis 23. November einschließlich zur Beförderung nicht annehmen. Lebensmittel und sonstige dringende Sendungen können als Eilgut aufgegeben werden; doch ist auch hier im allgemeinen Interesse erforderlich, die Aufgabe als Eilgut auf die wirklich dringlichen Sendungen zu beschränken.

Unterricht in Algebra. In der Gewerbeschule beginnt am Freitag abend ein Unterrichtskurs in Algebra für im Beruf stehende junge Leute, zu dem noch Teilnehmer zugelassen werden, sofern sie am ersten Unterrichtsabend bereits erschienen.

Standesamtliche Nachrichten vom 21. November. Sterbefälle: Am 18. November: Marie Reichert, ohne Beruf, 67 Jahre; Frau Margarete Weiser Witwe geb. Feller, 76 Jahre; Dorothien Katharina Madewitz, 4 Jahre; am 19. November: Wilhelm Horn, Tagelöhner, 30 Jahre; Frau Gertrude Weid Witwe geb. Christmann, 74 Jahre; Frau Katharine Kampe Witwe geb. Erpel, 69 Jahre; Jakob Dietrich, Tagelöhner, 20 Jahre; Karl Schöfner, Landwirt, 18 J.; am 20. November: Karl Schaub, Gerichtssekretär a. D., 64 Jahre; Frau Rosa Koller geb. Binsens, 70 Jahre; am 21. November: Petrus Berg, Aufseher, 51 Jahre; Frau Katharina Weisfried geb. Weber, 49 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Kurhaus. Das für morgen (Freitag) vorgesehene Anflinkonzert kann nicht stattfinden, da der Solist keine Reisebereitschaft nach Wiesbaden hat. Es ist nunmehr für nachmittags 4 Uhr Abonnements- und für abends 8 Uhr Kammerkonzert im Abonnement angesetzt.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grotzsch; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und wirtschaftlichen Teil: H. C. Eilendberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: I. B. Hans Döhner; für die Anzeigen: Job. Bahler; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Vorausichtige Witterung für Freitag, 22. November: Keine wesentliche Witterungsänderung. Wasserstand. Caub —, Weilburg 1,26 Meter.

Kurhaus Wiesbaden. Montag, den 25. November 1918, abends 7 Uhr im großen Saale: Grosses Wohltätigkeits-Konzert zum Besten einer Weihnachtsbescherung für die Verwundeten und Kranken des Reserve-Lazarets IV. veranstaltet vom Reserve-Lazarett IV unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Gabriele Englerth (Sopran) — Herrn Harry de Garmo (Bariton) — Herrn Professor Oscar Brückner (Violoncello) — Herrn Ernst Groß (Bratsche) — Herrn Hans Weisbach (Klavier) und dem verstärkten Städtischen Kurorchester unter Leitung des Herrn Carl Schürich. Vortragsfolge: 1. Carl Maria von Weber: Ouverture zu „Der Freischütz“. 2. Hermann Goetz: Arie der Katharina aus „Der Widerspenstigen Zähmung“. Fr. Gabriele Englerth. 3. Robert Schumann: Märchenbilder für Bratsche und Klavier. Herr Ernst Groß, Herr Hans Weisbach. 4. Ludwig van Beethoven: Ouverture zur Weihe des Hauses. 5. Boellmann: Variationen für Violoncello u. Klavier. Herr Prof. Oscar Brückner. 6. Heinrich Marschner: Arie des Heiling aus „Hans Heiling“. Herr Harry de Garmo. 7. Richard Wagner: Ouverture zu „Rienzi“. Eintrittspreise: 6, 5, 4, 3, 2 Mk.

Nationalliberale Partei. Am Donnerstag, den 21. November 1918, abends 8 Uhr, halten wir im großen Saale der Wartburg eine Versammlung ab, zu der die Mitglieder und Freunde der nationalliberalen Partei — Männer und Frauen — hierdurch eingeladen werden. Der Vorstand des nationalliberalen Vereins Wiesbaden. Kinophon Monopol. Das verhängnisvolle Andenken. Hella Moja. „Sie und Er“. Die Pechnelke.

Kurhaus Wiesbaden. Das morgige Cyklus-Konzert fällt aus. Städtische Kurverwaltung. Ich habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen. KURT HOPPE Architekt. D. W. B. Wiesbaden, Adelheidstr. 59. Beleuchtungskörper. Flack, neben Residenztheater.

Wegfall von Schnellzügen. Der gesamte Ansverkehr nach und von Elsass-Lothringen wird vom 20. November d. J. abends eingestellt. Die durchgehenden Schnellzüge: D 190 Frankfurt (Main) ab 10.00 v.m., Strassburg an 2.48 nm. D 179 Strassburg ab 4.35 nachm., Frankfurt (M.) an 9.26 abdd. D 105 Strassburg ab 5.20 morgens, Bingerbrück an 9.42 vorm. D 108 Bingerbrück ab 12.18 mittags, Strassburg an 4.17 nachm. fallen deshalb ab 21. Nov. d. J. auf der ganzen Strecke aus. Mainz, den 19. November 1918. Preussische und Reichliche Eisenbahndirektion.

Versteigerung. Morgen Freitag, den 22. November 1918 werden auf der Rennbahn in Erdenheim ca. 20 Auhwagen, mehrere Personenwagen, Pferdewagen, Stallentwürfe aller Art, Kisten, Säge, Brennholz usw. öffentlich meistbietend gegen nur Barsahlung versteigert. Beginn nachmittags 2 Uhr. Gemeinnützige Händler anzuschließen. Die Versteigerung findet bestimmt statt. Gouvernement Mainz, Arbeiter- und Soldatenrat, J. A. Kapranz, S. 18./38. Mitglied des Soldatenrates der Stellung Mainz.

Bekanntmachung. Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation“ (Demobilisationsamt) errichtet worden. Das Demobilisationsamt gibt folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsministerien, Heilw. General-Kommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschloßnahmen, Höchstpreisverordnungen usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich von dem Demobilisationsamt Berlin, Verlängerter Hedemannstraße 10 oder in seinem Auftrag erlassen werden. Die Kriegswirtschaftsleitung bleibt bestehen und handelt im Auftrag des Demobilisationsamtes. S. I. d. Gouv. — F. d. Ch. d. St. Sommer. Bekanntmachung. Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen militärischen Personen, die ordnungsmäßig entlassen sind und einen Ausweis bei sich führen, keinerlei Einwirkung seitens der Okkupationsstruppen zu gewärtigen haben. Alle anderen laufen Gefahr von den feindlichen Okkupationsstruppen interniert zu werden. Der Volksauswahlschuss des Arbeiter- und Soldatenrates, J. A. Dieck, Gouvernement, F. d. Ch. d. St. Sommer, Major.

Bekanntmachung. Die Telegraphen-Verwaltung ist angewiesen worden, die Telegramme und Gesetze von Zivilpersonen zurückzuweisen außer den dringenden Telegrammen und Gesetzen, damit die angelegte und rasche Abwicklung von Dienstverträgen und Diensttelegrammen ermöglicht wird. Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates, J. A. Rüdiger, Gouvernement, F. d. Ch. d. St. Sommer, Major. Bekanntmachung.ämtliche Zivilpersonen, die mit militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Waffen angetroffen werden, haben zu gewärtigen, von den Militärpatrouillen festgenommen zu werden, um sie den Zivilgerichten auszuliefern. Die Militärpatrouillen sind mit entsprechender Anweisung versehen. Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates, J. A. Rüdiger, Gouvernement, F. d. Ch. d. St. Sommer, Major. Bekanntmachung. Die öffentliche Versteigerung der bis zum 30. November 1917 hier abgelieferten und nicht zurückgeforderten Fundgegenstände, sowie die seit dieser Zeit hier abgegebenen Fundstücke, die Raum verzerren — Reinigungsmittel, Schirme, Dandtaschen usw. — findet Freitag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 Uhr auf Zimmer 32 des Polizeidirektionsgebäudes, Friedrichstraße 25 gegen Barsahlung statt. Während der Versteigerung ist der dienstliche Verkehr mit dem Publikum auf dem erwähnten Zimmer geschlossen. Wiesbaden, den 19. November 1918. Der Polizei-Präsident, J. B. Streibelein. Sonnenberg. — Bekanntmachung. Ausgabe von Weissengrieß am Freitag, den 22. November 1918 in den hiesigen Geschäften. Es entfallen auf jede Person 60 Gramm (mit Ausnahme der Selbstverföhrer). Die Lebensmittelausweiskarte ist vorzulegen. Sonnenberg, den 20. November 1918. Der Bürgermeister, Buschell.